

Kalbitzer, Hellmut

Article — Digitized Version

Investiert die Hohe Behörde in Deutschland?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kalbitzer, Hellmut (1953) : Investiert die Hohe Behörde in Deutschland?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 7, pp. 413-414

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131746>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

bankpolitik aus begreiflichen Gründen nicht gewillt, den „klassischen“ Zahlungsbilanzausgleich über eine Preiserhöhung — sprich inflatorische Tendenzen — wirksam werden zu lassen. Dies würde zu einem höheren Inlandsverbrauch, steigenden Importen und fallenden Exporten führen. Abgesehen von den spezifischen Problemen eines solchen Experimentes gerade im deutschen Währungsraum, läßt sich die Gefahr nicht von der Hand weisen, daß bei einem Wettlauf der Preiserhöhungen manche stark verschuldeten Außenhandelspartner als Sieger hervorgehen würden, da sie doch bereits einen deutlichen Startvorsprung haben.

Während die einen von „peinlichen Überschüssen“ sprechen, schreibt die Bank deutscher Länder in ihrem am 27. Mai veröffentlichten Geschäftsbericht, man habe im Laufe des letzten Jahres in außenwirtschaftlicher Hinsicht endlich etwas „Luft bekommen“. Man solle jedoch nicht nur die Zukunft in einem optimistischen Licht sehen, vielmehr zeichne sich deutlich ein Stagnieren der Ausfuhrerlöse seit fast einem Jahre bei erheblichen zusätzlichen Belastungen ab! Unseres Erachtens gibt es bei der gegenwärtigen Situation nur eines: behutsam fiskalisch-monetäre Einfuhrerleichterungen einzuräumen bei einer weiteren Exportförderung, ohne sich dabei auf kühne Experimente in der einen oder anderen Richtung — Sprung in die Konvertibilität oder Verschärfung bilateraler Absprachen — einzulassen. (Rp)

Gleiche Ziele auf verschiedenen Wegen?

Der Bundestagswahl im September 1953 wird eine schicksalsschwere Bedeutung beigemessen. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man die Gründe für die besondere Gewichtung dieser Wahl in erster Linie im Außenpolitischen sucht. Es sind während des letzten Jahres der Regierung der Bundesrepublik trotz ihrer noch beschränkten Souveränitätsrechte Entscheidungen zugeschoben worden, die die wirtschaftliche und politische Gestaltung Deutschlands auf lange Sicht hin ausschlaggebend beeinflussen können. Bedauerlicherweise ist es nicht möglich gewesen, diesen außenpolitischen Entscheidungen eine Formulierung zu geben, die die Zustimmung des gesamten Parlaments gefunden hätte. Ich möchte nicht darüber urteilen, ob das an der Kompromißlosigkeit der Regierungsparteien oder an der unversöhnlichen Haltung der Opposition gescheitert ist. Vielleicht liegt aber der Grund auch tiefer. Vielleicht liegt er in der psychologischen Struktur unseres Parteiengefüges, die aus Prestigegründen jedes Zusammengehen von Regierungspartei und Opposition verbietet. Eine solche parlamentarische Grundstimmung wäre allerdings recht bedenklich, auch für die künftige Legislaturperiode, denn sie würde bedeuten, daß für alle Zeiten die Mehrheit — und sei sie noch so schwach — gegen die Minderheit regieren würde. Und das liegt keinesfalls im Sinne der Demokratie. Dabei ist eines besonders zu beachten, daß nämlich — soweit man den ernsthaften Versicherungen der Politiker glauben kann — das letzte Ziel das gleiche ist.

Wenn auch das Gewicht der Bundestagswahl nach außenpolitischen Entscheidungen gemessen wird, so dürfte die Wahlentscheidung des einzelnen wohl in stärkerem Maße von wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen abhängen. Auf diesem Gebiete hat es nun allerdings den Anschein, als ob die schroffe Antipodenstellung der gegnerischen Parteilager sich gemildert habe. Wir sind heute von der Verfechtung einer reinen automatischen Marktwirtschaft ebenso weit abgekommen wie von der Verfechtung einer zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft. Die Erhaltung des Wettbewerbs als Leistungsauslese und der persönlichen Initiative als Leistungsanreiz wird heute, mit Ausnahme der Kommunisten, von allen Parteien vertreten. Es scheint nur ein gradueller Unterschied noch zu sein, in welchem Umfang und auf welchen Sektoren eine staatliche Einflußnahme und Steuerung wirksam werden soll. Oder sollte der Anschein trügen? Wenn man jedoch den ernsthaften Versicherungen der Politiker Glauben schenken darf, dürfte auch auf diesem Gebiet das Ziel das gleiche sein.

Dem Gewichte, das dieser Wahl beigemessen wird, dürfte auch die Erbitterung entsprechen, mit der dieser Wahlkampf geführt wird. Wir sollten jedoch bestrebt sein, auch diese Erbitterung mit sachlichen Argumenten zu bestehen, und uns nicht zu persönlichen Angriffen fortreißen lassen. Der Wähler hat einen Anspruch darauf, von den Politikern zu verlangen, daß der Wahlkampf sachlich geführt wird, denn er soll ja seine Entscheidung nach sachlichen Argumenten fällen. Aber der Wähler sollte auch gerade dem Gewicht dieser Wahl entsprechend sich in besonders starkem Maße sachlichen Erwägungen zugänglich zeigen und sich in seiner Wahlentscheidung nicht traditionsgebunden fühlen. (sk)

Hellmut Kalbitzer, Hamburg

Investiert die Hohe Behörde in Deutschland?

Weshalb reist man heute in die USA? Man will politische Unterstützung und — Kredit. So war es auch bei der kürzlichen Reise der drei Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion Monnet, Etzel und Spierenburg. Freilich war es keine der gewöhnlichen Pumpptouren, zu der sich so viele Nachkriegseuropäer entschließen mußten, denn die Hohe Behörde ist dabei, sich eine eigene reelle Kreditunterlage durch Erhebung einer Umlage (man könnte auch sagen einer internationalen Steuer) von 0,9% der Umsätze aller zur Montanunion gehörigen Betriebe zu schaffen. Mit dieser Einnahme wird die Verwaltung der Hohen Behörde finanziert und ein „Garantiefonds“ geschaffen. Dieser Fonds soll Ende 1953 eine Höhe von etwa

20 Mill. Dollars haben und weiterhin jährlich um etwa 40 Mill. Dollar anwachsen.

An der Aufbringung der Umlage sind beteiligt:

Deutschland	46,5 %	Italien	4,5 %
Frankreich/Saar	31,0 %	Holland	4,0 %
Belgien	11,0 %	Luxemburg	3,0 %

Die Kohlenindustrie des Gebiets erbringt 46%, die Eisenindustrie 54% der Umlage. Die Belastung entspricht einer Kostenerhöhung von etwa 10,— DM für 1 t deutschen Rohstahl.

Die Hohe Behörde hat sich über ihre Absichten der künftigen Investitionspolitik und über den Erfolg ihrer Finanzverhandlungen noch nicht verbindlich geäußert. Aber sie scheint kommerzielle und staatliche Kreditzusagen in den USA. erhalten zu haben. Sie

ist statutenmäßig in der Lage, sowohl Investitionskredite zu vermitteln, die sie mit ihrem Garantiefonds sichern kann, als auch eigene Mittel zu geben. Beide Formen scheint man anwenden zu wollen.

Eine Umfrage der Hohen Behörde an alle zugehörigen Unternehmen nach dem Umfang der z. Z. laufenden und fest geplanten Investitionen ergab eine Summe von annähernd 5 Mrd. Dollar, von denen 2 Mrd. Dollar bereits verausgabt sind. Diese Beträge würden es ermöglichen, die Kohlenproduktion innerhalb der Union bis zum Jahre 1956 auf 288 Mill. t und weiterhin auf 302 Mill. t, die Eisenerzproduktion von 64 Mill. t auf 78 Mill. t und die Stahlerzeugung schließlich um weitere 8 Mill. t bis 1956 zu steigern. Diese Daten werden von der Hohen Behörde jetzt bearbeitet und als Unterlage ihrer Investitionspläne dienen.

Die Investitionspolitik der Hohen Behörde scheint dahin zu tendieren, niedrig verzinsliche und vielleicht nur zum Teil zu amortisierende amerikanische Staatsgelder in die Kohleindustrie und die etwas teuren Gelder der Weltbank in die Eisenindustrie zu lenken. Die Auswahl der Investitionsvorhaben ist der Hohen Behörde vorgezeichnet durch die Aufgabenstellung, ihre Industrien zu rationalisieren und die rentabelste Produktion zu fördern.

Diese scheinbar einfache Richtlinie aber verdeckt eine Reihe umstrittener Kalkulationsfragen. Besonders der Einfluß der Steuer auf die Preise und die Rentabilitätslage sei zur Verdeutlichung hier angeführt. Die einzelnen Länder erheben Steuern und Zölle für die einheimischen Produzenten, die sie teilweise rückvergüten, wenn diese Produkte ins Ausland verkauft werden. Die Steuersysteme Deutschlands und Frankreichs sind sehr verschieden. Deutschland belastet die Produktion mehr mit direkten Steuern (Körperschaftsteuer) und geringeren indirekten Steuern (Umsatzsteuer). In Frankreich ist die Tendenz umgekehrt. Die Hohe Behörde legalisierte nur Rückvergütungen der indirekten Steuern bei Exporten mit der Begründung, daß die direkten Steuern ja vom Unternehmer zu tragen seien und nicht auf der Ware lasteten, und läßt daher die Rückvergütung der direkten Steuern nicht zu. Diese überkommene Steuerauffassung entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen. Denn in der Tat beeinflussen beide Steuern schon wegen ihrer Höhe maßgeblich den Preis, so daß Frankreich der heimischen Eisenindustrie die höheren indirekten Steuern für den Export rückvergüten kann, während Deutschlands Stahlexport bei der höheren direkten Besteuerung eine sehr viel geringere Steuerentlastung erhält.

Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus: Der französische Produzent erhält beim Export 16% Steuerrückvergütung, um die er die zu exportierende Ware verbilligt. Der deutsche Produzent erhält deutscherseits nur 4% rückvergütet und wird dadurch in seiner Kalkulation entscheidend benachteiligt.

Steuerliche Belastung der Nettostahlpreise (in DM, pro t)

Steuerart	deutscher Stahl	französischer Stahl
Umsatzsteuer-Vorbelastung	24,60	36,89
Sonstige Steuern	58,55	7,67
	83,15	44,56
Ertragsteuern	35,92	22,02
	119,07	66,58

Durch diese Steuerpolitik, den Fortfall der Zölle und die Aufhebung der Preisbindung innerhalb der Montanunion haben sich die Preise angeglichen. Das führte zu folgenden Preiskorrekturen (DM pro t):

	Deutschland	Frankreich	Saargebiet	Belgien	Luxemburg
Formstahl TH	- 4,80	+22,95	+32,61	+31,50	+20,25
Formstahl SM	- 4,80	+19,51	+35,05	-30,66	-

Dieses ist einer der Gründe dafür, daß die Rentabilität der deutschen Eisenindustrie stark gelitten hat, während die französische sich verbessert hat, weshalb mit dem Einbruch der französischen und luxemburgischen Stahlproduktion in das süddeutsche Gebiet gerechnet werden muß. Die deutschen Hochöfen arbeiten mit rd. 60% ihrer Kapazität, und Kurzarbeit und Entlassungen stehen bevor, da der Auftragsbestand laufend zurückgeht.

Das Ziel der Investitionen in der Kohleindustrie scheint, so befürchten vor allen Dingen die Engländer, die Errichtung der Autarkie im Unionsgebiet zu sein. Dieser Weg ist z. Z. populär, weil es für die europäische Wirtschaft darum geht, ihren Dollarmangel durch Beendigung der amerikanischen Kohleimporte zu überwinden. Problematisch wird dieses Bestreben allerdings auf längere Sicht gegenüber Großbritannien, das allein etwa ebenso viel Kohle fördert wie das Gebiet der Montanunion. Will man die Union nicht auf die sechs jetzigen Teilnehmer beschränken, so muß die Frage ernsthaft erwogen werden, wie man zu einer gemeinsamen Kohleversorgung in Westeuropa einschließlich Großbritanniens kommt. Die französische Eisenindustrie hat ihre eigene Erzugrundlage und ist durch die Zwangsverkäufe der Firmen Krupp, Flick und Röchling, die auf Befehl der Alliierten durchgeführt werden, dazu übergegangen, die ihr noch fehlende Kohlengrundlage hinzuzukaufen, während die deutsche Eisenindustrie, die auf der Kohlenbasis aufgebaut war, diese Verbindung von Kohle und Eisen, auf der ihre Rentabilität mit beruhte, auflösen mußte.

Man geht deshalb nicht fehl in der Annahme, daß die Investitionen der Hohen Behörde wohl den deutschen Kohlengruben zugute kommen werden. Die deutsche Eisenindustrie dagegen wird durch ihre steuerliche Benachteiligung und die Zerreißen ihres Verbundes mit der Kohle wegen scheinbarer Unrentabilität nur geringe Aussichten auf Investitionen über die Montanunion haben.

Die Kernfrage der Investitionspolitik nach Absatzerhöhung der steigenden Produktion ist allerdings innerhalb der Montanunion überhaupt nicht zu lösen. Denn durch Investitionen in die Montanindustrie ist die allgemeine Konjunkturerwicklung nicht zu regulieren. Im Gegenteil, der Eisenabsatz ist besonders krisenempfindlich und ist nur zu sichern durch eine Konjunktur der Verbrauchsgüterindustrien — oder durch Rüstungen.

Die Erfolgsaussichten der Investitionen innerhalb der Teilintegration sind leider trübe. Es besteht sowohl die Gefahr der Autarkie gegenüber den Nichtmitgliedern, indem z. B. die deutschen Kohlengruben ohne Rücksichtnahme auf die Entwicklung in Großbritannien stärkstens ausgebaut werden. Es besteht aber auch die Gefahr der Disproportionalität zwischen den Investitionen in der Schwerindustrie und der gesamten Wirtschaftskonjunktur, wenn die Steigerung des Massenverbrauchs nicht in gleichem Maße gefördert wird wie die Steigerung der Eisenproduktion. In diesem Falle dürften zuerst der deutschen Eisenindustrie die Investitionsmittel von der Hohen Behörde entzogen werden. Die Lösung könnte gefunden werden durch eine gemeinsame Konjunkturpolitik aller westlichen Länder, in der die Investitionspolitik der Montanunion nur eine Teilaufgabe ist.